

# Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D.M., Wilmersdorfer Str. 89  
Verleger: Rudolph 1008, 1076 und 1202. - Die Zeitung  
erscheint jeden Freitag  
Belegamabgabe: Textilstraße Berlin

Verzinst sich Ihr Nichts - Verzinst alles!

Abgaben- und Verbandsgeber sind an Dittmar & Co., Berlin D.M.  
Wilmersdorfer Str. 89 (Postfach 5398), zu richten. - Bezugs-  
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 RM.  
Kunzegebühren 4 Mark für die dreizehnpennige Zeile.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

## Rundum Kampf.

Die Textilarbeiterschaft steht rundum im Kampf. In der NDWR war die Arbeiterschaft gezwungen, die Arbeit in den verschiedensten Betrieben, die dem Konzern angehören, die Arbeit niederzulegen, um ein von Dr. Horst ausgelagertes Prämiensystem, mittels welchem Dr. Horst die gelben Wertvereine zu fördern gedenkt, abzuwehren und zu erreichen, daß auch die NDWR sich den Tarifabmachungen der verschiedenen Bezirke unterwirft. Der Kampf zieht immer weitere Kreise. In der letzten Zeit ist noch Kaiserlautern, Delmenhorst, Leipzig, Neudorf hinzugekommen. Die ständige Unsicherheit in der Lohnfrage hat die Arbeiterschaft der NDWR schon seit Jahr und Tag recht bitter empfunden. Niemals war der Arbeiterschaft die Möglichkeit gegeben, nach der geleisteten Arbeitsmenge den Arbeitslohn festzustellen. Das Prämienystem, das auf Willkür aufgebaut ist, läßt eine solche Berechnung nicht zu. Im Laufe der ersten Maiwoche sollen im Arbeitsministerium Verhandlungen stattfinden. Ob es aber dabei gelingen wird, eine Einigung herbeizuführen, ist bei der Einstellung des Herrn Dr. Horst sehr fraglich. Dr. Horst ist ein Himmelstürmer, in dem Glauben an seine Gottähnlichkeit, will er die Welt nach seinem Sinn umgestalten. Es hat den Anschein, als ob der Kampf der NDWR sich zu einer Kraftprobe auswächst. Die Arbeiterschaft der Konzernbetriebe ist nach allen Erfahrungen, die sie gesammelt hat, stark erbittert. Sie wird den Kampf bis zum letzten Hauch führen.

Der Arbeitgeberverband des Niederelbebezirks stellt die Sache so dar, als ob der Deutsche Textilarbeiterverband sich des Tarifbruchs durch den Streik der Belegschaften der NDWR in Hamburg schuldig gemacht habe. Der Arbeitgeberverband vergißt, daß sich die Betriebsleitungen der dem NDWR angeschlossenen Firmen über die bestehenden Tarife bisher immer hinweggesetzt haben und trotz rechtskräftiger Gerichtsurteile, den Tarifvertrag nicht erfüllten. Dr. Horst stand eben zu seinem willkürlichen Lohnsystem. Um Willkür in der Lohnzahlung auf der ganzen Linie durchzusetzen, schied er die Thüringer Betriebe aus der Tarifhoheit aus, um auf diese Weise die Arbeiterschaft der verschiedenen Betriebe seines Konzerns gegeneinander auszuspielen zu können. Dieses schöne Ziel, das sich Dr. Horst gesetzt hat, ist durch die Maßnahmen der Arbeiterschaft durchkreuzt worden. Daran wird auch die Darstellung des Arbeitgeberverbandes der Textilindustrie im Niederelbebezirk nichts ändern können. Die Unternehmer glauben, daß im Hamburger Bezirk der größte Teil der Arbeiterschaft an dem Kampf nicht teilnehmen würde. Die Unternehmer haben sich geäußert. Tatsächlich hat die Textilarbeiterschaft restlos die Betriebe verlassen, und nun empört sich der Arbeitgeberverband des Niederelbebezirks über das Vorgehen des Textilarbeiterverbandes.

In

## Ostfachsen

haben einige tausend Arbeiter der verschiedenen Betriebe gekündigt, weil mit den Unternehmern eine Verständigung über den neuen Manteltarif nicht zu erreichen war. Die Akkord- und Urlaubfrage sind die entscheidenden Punkte, weshalb eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Obwohl für Westfachsen ein bedeutend besserer Manteltarif besteht, lehnen die Unternehmer in Ostfachsen jedes Entgegenkommen ab. Dabei ist zu bemerken, daß die Syndiz der ostfächsischen Unternehmer die eigentlichen Einpeitscher der Unternehmer sind. Die Syndiz Korn, Sprotte usw. haben es direkt darauf angelegt, einen Kampf in der Textilindustrie Ostfachsens zu entfachen. In einem Flugblatt, das unsere Dresdener Gauleitung in Sachsen verbreitet hat, wird u. a. gesagt:

„Ein Musterbeispiel für die guten Sitten dieser Herren war die Verhandlung vor dem Schlichter Brand am 30. März 1927. Während sich der Schlichter die größte Mühe gab, eine Einigung herbeizuführen, hatten die Herren nur ein glattes Nein! Als die Arbeitervertreter sprachen, zeigten die Herren ihre Nichtachtung den Arbeitern gegenüber offensichtlich; sie liefen im Saal umher, sahen zum Fenster hinaus, unterhielten sich laut miteinander usw. Aber es kam noch toller! Als zwei Kollegen von uns hinter einander sprachen, äffte Herr Sprotte und Herr Korn die Gassen nach und wollten durch unartikulierten Laut und Gesichtszüge unsere Kollegen verhöhnen.“

Aber die Spitze erreichte die Situation, als ein Betriebskollege in bittersten Worten die Notlage der Arbeiterschaft an Hand praktischer Beispiele beleuchtete. Zornentbrannt sprang Herr Israel, vom lauten Geschrei des Herrn Korn sekundiert, auf und verlangte Namensnennung. Unser Kollege verweigerte dies, weil er befürchten mußte, daß Maßregelung der betreffenden Kollegen die Folge sei. Darauf verließen die Herren räsonierend das Zimmer und ließen die Arbeitervertreter mit dem Schlichter sitzen! Erst nach längerem Zureden durch den Schlichter ließen sich die Herren bewegen, wieder in den Saal zurückzukehren. Was die Herren den Arbeitern alles bieten, sei an einem weiteren Beispiel beleuchtet: Am 8. April sollten auf Grund einer Vereinbarung weitere Verhandlungen stattfinden. Am 7. April telephonierte der Arbeitgeberverband in Abwesenheit des Schlichters an dessen Sekretär, die Verhandlung könne nicht stattfinden, da Herr Korn keine Zeit habe!

Also die gesamte Arbeiterschaft wird an der Nase geführt, wenn es Herrn Korn gefällt. Er geruht keine Zeit zu haben, also zieht wieder nach Hause, ihr Arbeitervertreter! Es ist ein Skandal, was sich die Arbeiter von diesen Herren alles gefallen lassen müssen. Unsere Vertreter haben bisher ihre Ruhe voll bewahrt - sie folgen nicht dem verschiedenen Beispiel der Herren Korn und Sprotte.“

## Gefahren der Volksgeundheit.

Es ist schon wiederholt seitens der Ärzte und maßgebender Behörden festgestellt worden, daß in den Textilgebieten der Gesundheitszustand der Textilarbeiterschaft und ihrer Kinder sehr viel zu wünschen übrig läßt. Einen erneuten Beweis dafür liefert uns das Material, welches uns eine Spremberger Funktionsärztin zur Verfügung gestellt hat, das aus dem Bericht des Kreiswohlfahrtsamtes Spremberg N.-L. für das Rechnungsjahr 1926 entnommen ist.

So wurde bei der Prüfung des Gesundheits- und Ernährungszustandes der Schulkinder im Kreise Spremberg festgestellt, daß in den Ortschaften Spremberg, Slamen, Abbau, Weskow, Sellesen, Korbisdorf und Cautsdorf die Gesamtzahl der Schulkinder 1563 beträgt. Davon wurden sämtliche Anfänger und zur Entlassung kommende in den Reihenuntersuchungen erfaßt, alle übrigen in der Untersuchung für Schulspeisung. In den Reihenuntersuchungen wurde festgestellt, daß der Durchschnitt in Größe und Gewicht unter dem Durchschnitt der betreffenden Jahrgänge liegt. Von den 1563 Schulkindern mußten 567 für die Schulspeisungen ausgewählt werden, weil es sich bei fast allen diesen Kindern um Unterernährung und Unterentwicklung handelte. Ferner wurde festgestellt, daß zirka 160 Kinder aus den genannten Ortschaften tuberkulosekrank oder ernstlich gefährdet waren und außerdem zirka 275 sogenannte Ueberwachungschüler erholungsbedürftig sind.

Es wird noch berichtet, daß vom Kreiswohlfahrtsamt Spremberg im Rechnungsjahr 1926: 277 Kinder zu einem sechs- bis achtwöchigen Erholungs-aufenthalte entsandt worden sind. - Außerdem mußten 58 Kinder mit orthopädischen Hilfsmitteln versehen werden. 18 Kinder befanden sich in stationärer Behandlung (in Krüppelheimen und Krankenhäusern). Diese Tatsachen stellen eine furchtbare Anklage gegen die heutige Gesellschaft dar. Unternehmertum, Behörden und die unmorganierte Arbeiterschaft sind schuld an diesen

Zuständen. Es handelt sich hier hauptsächlich um Kinder, deren Eltern oder Mütter in den großen Textilbetrieben von Spremberg beschäftigt sind. - Die Degenerationserscheinungen bei der Textilbevölkerung des Kreises Spremberg sind die gleichen, wie wir sie bereits in anderen Orten in Schlesien und auch anderwärts festgestellt haben. Sie sind letzten Endes eine Folge der niedrigen Verdienste und auch der furchtbaren Wirtschaftskrise, unter der die Spremberger Textilarbeiterschaft in den letzten Jahren besonders stark gelitten hat. Langanhaltende Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, erbärmliche Verdienste, hat viele Textilarbeiter in Not gebracht, welche diese furchtbaren Erscheinungen, die eine

### Schande für ein Kulturvolk

sind, hervorgebracht hat. Trotz dieser furchtbaren Notlage der Textilarbeiter weigert sich das Unternehmertum, den Arbeitern angemessene Löhne zu zahlen. Die Behörden, bis hinauf zum Reichsarbeitsministerium, bemühen sich fortgesetzt, der Textilarbeiterschaft lange Arbeitszeiten aufzuhalten, die in Anbetracht der großen Beschäftigung der Frauen gerade in der Textilindustrie als kulturwidrig bezeichnet werden müssen. Diese traurigen Zustände werden sich nicht ändern lassen, ohne daß die Textilarbeiterschaft selbst den

### Kampf gegen die Ausbeutung und Auspowerung

der Textilunternehmer führt. Durch bürgerliche Wohlfahrtsleistung und freiwillige Hilfeleistung kann diese Not nicht beseitigt werden. Die Hauptursache liegt in der Lohnfrage. Die Löhne können nur gebessert werden, wenn die Arbeiterschaft durch organisierten Kampf eine Veränderung herbeiführt. Die unmorganierte Arbeiterschaft trägt an diesen Zuständen ein gerütteltes Maß Schuld. Es muß ihnen eindringlich zur Pflicht gemacht werden, daß sie sich dem Deutschen Textilarbeiterverband anschließen, denn nur durch eine starke und gefestigte Organisation kann Abhilfe geschaffen werden!

Was hier in dem Flugblatt diesen Herren nachgesagt wird, ist das schlimmste, was Männern nachgesagt werden kann, in deren Hände ein wichtiger Teil der deutschen Volkswirtschaft liegt. Was sich die Herren nach dem Flugblatt geleistet haben, übersteigt alle Grenzen. So etwas kann man nur von Schulbuben erwarten, aber nicht von reifen Männern. Wenn in Sachsen der Kampf sich weiter auswächst, dann sind die Syndiz der dortigen Unternehmer die Schuldigen.

Um was geht es in Sachsen?  
Der Lohnschiebspruch vom 28. September 1926 brachte den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 7 1/2 Proz. Die Unternehmer legten diese 7 1/2 Proz. auch zu, bis dann auf Grund eines Rundschreibens vom Arbeitgeberverband, gez. Korn, die Unternehmer Lohnkürzungen für die Akkordarbeiter bis zu 50 Proz. vornahmen. In der Textilindustrie sind mit wenig Ausnahmen die Arbeiter im Akkord beschäftigt. Die Folge war nun, daß anstatt einer Lohnerhöhung auf der ganzen Linie eine Lohnkürzung eingetreten war. Die Bestimmungen des Manteltarifs waren nach dieser Seite hin etwas unklar, so daß die Unternehmer einen winzigen Schein des Rechts für ihre Maßnahmen hatten. Um Klarheit zu schaffen in der Akkordlohnfrage, deshalb sollen die Manteltarifbestimmungen entsprechend geändert werden.

### Die Unternehmer klagen gegenwärtig überall über den Mangel an Facharbeitern.

ohne der Ursache nachzugehen, aus welchen Gründen heraus der Facharbeitermangel resultiert. Zweifellos sind die niedrigen Löhne an dem Facharbeitermangel in der Textilindustrie schuld, so daß der Facharbeitermangel in der nächsten Zeit noch stärker hervortreten dürfte, wenn in den übrigen Industrien und Gewerbezweigen die Arbeitsgelegenheit eine bessere wird. Mit großen Kosten versuchen die Unternehmer jetzt Facharbeiter anzulernen, die aus anderen Berufen zur Textilindustrie kommen. Es wird sich zeigen, daß die Ausgaben für das Anlernen der Facharbeiter seitens der Unternehmer die niedrigen Akkordlöhne noch kürzen.

### Die willkürliche Herabsetzung der Akkordlöhne

durch die Unternehmer war das dümmste Stück, was sich die ostfächsischen Textilunternehmer geleistet haben. Die sachsischen Textilunternehmer hätten sich, bei normalem Denken, sagen müssen, daß durch die Akkordlohnkürzungen die Leistungen zurückgehen müssen. Die Arbeiter wären große Esel, wenn sie ihre ganze Kraft anwenden würden, um das letzte herauszuholen, währenddem auf der anderen Seite ihnen die Unternehmer die niedrigen Akkordlöhne kürzen. Dieses Vorgehen der Unternehmer war ein Stück aus dem Tollhaus. Es ist bedauerlich, daß ein so wichtiger Zweig der deutschen Volkswirtschaft in die Hände solcher beschränkter Köpfe gelegt ist.

Die weitere Frage, die geregelt werden muß, ist die Ferienfrage.

Im vorigen Jahr haben Unternehmer als Feriengeldentschädigung Beträge bis herunter zu zwei Stundenverdiensten ausgezahlt. Es ist ganz natürlich, daß auch hier eine andere Regelung geschaffen werden muß. In Westfachsen besteht die Regelung, daß im ungünstigsten Falle 48 Stunden pro Woche als Arbeitsentschädigung während der Ferien zur Auszahlung kommen. Was in Westfachsen möglich ist, das kann in Ostfachsen nicht unmöglich sein. Der Kampf in Ostfachsen ist geradezu von dem Unternehmertum mit seinen Syndiz provoziert worden. Wer noch einigermaßen vernünftig denkt, muß die Provokation seitens der ostfächsischen Unternehmer scharf verurteilen. Uns ist in einer langen Reihe von Jahren kein ähnliches Beispiel bekannt geworden. Wir hoffen deshalb, daß die ostfächsischen Textilarbeiterschaft fest zusammensteht und den Unternehmern dort einen kräftigen Dentsettel erteilt. Zu bemerken ist noch, daß ein Teil der Unternehmer sich bereits mit der Arbeiterschaft geeinigt hat. Diese Unternehmer haben rechtzeitig erkannt, daß es so, wie die Verbandsyndiz die Sache machen wollen, nicht geht. Außerdem wollen sie sich nicht die günstige Konjunktur vermasseln lassen.

Die ostfächsischen Arbeitgeber haben an die Presse zum ostfächsischen Arbeitskonflikt nachstehende Darstellung gegeben:

„Der Arbeitgeberverband der Textilindustrie Ostfachsens wendet sich gegen die Behauptung der Textilarbeitergewerkschaften, welche die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen den Arbeitgebern zuzuschreiben suchen, und gibt jetzt die Vorschläge bekannt, welche die Vertreter der Arbeitgeber dem Wunsche des Landesgeschäftlers entsprechend ausgearbeitet hatten.“

Hinsichtlich der Regelung der Akkordlöhne wollten die Arbeitgeber folgende Bestimmung vorschlagen: „Die Festsetzung der Akkordlöhne regelt die Betriebsleitung unter Mitwirkung der gesetzlichen Betriebsvertretung.“ Damit ist vor allem dem Wunsche der Arbeiterschaft Rechnung getragen, nicht willkürlicher Herabsetzung von Akkordlöhnen, die durch längeres Befehlen erprobt sind, ausgesetzt zu sein. Zur Urlaubsfrage wollten die Arbeitgeber folgende Regelung:

1. An Urlaub werden für alle Arbeiter und Arbeiterinnen einheitlich sechs Urlaubstage gewährt. Der Urlaub kann für den ganzen Betrieb, für einzelne Abteilungen, oder für einzelne Arbeiter festgelegt werden.

2. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten während desurlaubes den für sie im Tarifvertrage vorgesehenen Lohn für 48 Stunden, und zwar Stundenlohn der Stundenlöhner, Akkordarbeiter den Akkordlohn und Wochenlöhner den Wochenlohn, jeweils zugänglich der gel-

Inhalt: Rundum Kampf. — Gefahren der Volksgesundheit. — Rund um die Woche. — Die Herren der Wirtschaft. — Frauen- teil. — Textilberufsgesahren und ihre Verhütung. (Schluß). — Aus der Textilindustrie. — Berichte aus Fachkreisen. — Verleaster. — Bekanntmachungen. — Unterhaltungs-Teil: Cloira.

tenden tarifmäßigen Zulagen, jedoch erhalten für 32 Stunden Lohn die Arbeiter derjenigen Betriebe, die im Durchschnitt der letzten sechs Monate vor Urlaubsbeginn nicht länger als 32 Stunden gearbeitet haben. In Betrieben mit Serienurlaub gilt als Urlaubsbeginn der der ersten Serie.

Der Arbeitgeberverband bemerkt dazu: „Da es wohl kaum einen Betrieb gibt, auf den in diesem Jahre die Voraussetzungen zutreffen, unter denen eine Vergütung von 32 Stunden zulässig sein soll, werden wohl alle Arbeiter in den Genuss der sechs Tage Urlaub bei voller Bezahlung von 48 Stunden kommen. Die Arbeitgeber sind gewillt, diese Angebote auch bei einer etwaigen Wiederaufnahme der Verhandlung aufrecht zu erhalten.“

Vor Tisch las man natürlich anders. Da lehnten die Unternehmer alle Vorschläge der Gewerkschaften höhnisch ab. Wenn sie jetzt einiges Entgegenkommen zeigen, so deshalb, weil sie haben einsehen müssen, daß auf dem Weg, den die Syndikali- stische Bewegung eingeschlagen hat, die Arbeiter nicht herbeigeführt werden kann. Die Forderung der Arbeiterschaft bezüglich der Regelung der Akkordlöhne ist eine Folge der willkürlichen Stürzung der Akkordlöhne durch die Unternehmer nach der letzten Lohnverhöhung. Jetzt sind natürlich die Akkordlöhne derart gedrückt, daß an denselben nichts mehr gekürzt werden kann. Wenn jetzt die Unternehmer ein kleines Entgegen- kommen zeigen, so möchten wir demgegenüber nur feststellen, daß bisher die Unternehmer jede Mitwirkung der Arbeiter bei Festlegung der Akkordlöhne abgelehnt haben, und sie lehnten auch die nach dem Betriebsratsgesetz festgelegte Mitwirkung der Betriebsräte ab. Bei der Lohnfestlegung in Akkord- betrieben sei uns nicht hineinreden. Das war die Auf- fassung der Unternehmer, die sie auch vor dem bisherigen Schiedsgericht vertreten haben. In der letzten Ferienperiode wurden wohl sechs Tage Ferien gewährt, die Entschädigung für die Ferien aber wurde nach der bestimmten Beschäftigung der Arbeiter bemessen, so daß zwei Lohnstunden als Ferien- geld keine Seltenheit waren. Dieser unerhörte Zustand soll beseitigt werden auf Grund der Forderungen der Arbeiter- schaft. Die Syndikali- stische Arbeitgeberverbände haben denselben in eine ganz unmögliche Situation hinein- manövriert. Um nun aus dieser Situation wieder heraus- zukommen, verjendet man an die Presse zur Täuschung der Öffentlichkeit die vorstehend abgedruckte Erklärung.

Rund um die Woche.

I. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Seit Wochen haben wir nun die Besitzblockre- gung. Sie hat während dieser Zeit gezeigt, daß sie ihren Namen voll und ganz verdient. Den breiten Schichten des Volkes werden neue Lasten zugemutet; dagegen teilt man an den Besitz mit vollen Händen Geschenke aus. Wir haben bis- her noch keine Regierung erlebt, die so schamlos und brutal einseitige Interessenspolitik getrieben hat wie die gegenwärtige. Vor einigen Tagen fand in Hamburg der Parteitag der Demokraten statt. Die Tagung erregte durch eine Rede des ehemaligen Finanzministers Dr. Reinhold besonders Aufsehen. Reinhold führte hinsichtlich der gegenwärtigen

Regierung u. a. folgendes aus: „Eine Rechtsregierung muß teurer arbeiten, da sie durch Interessen verbunden ist und gezwungen ist, nach allen Seiten hin Geschenke zu machen. Und so hat denn auch die gegenwärtige Regierung ein reiches Füllhorn über ihre Getreuen ausgeschüttet.“ Ein vernichtender Urteil ist wohl kaum über eine Regierung gefällt worden!

II. Verteufter Zucker.

Die Regierung glaubt wohl, zunächst ihren Dank bei den Großagrariern in klingender Münze abzahlen zu müssen. Zu diesem Zwecke bereitet man im Schoße des Reichsernährungs- ministeriums eine Vorlage vor, die eine Erhöhung des Zucker- zolls um 50 Proz. vorseht. Angekündigt soll die deutsche Zuckerindustrie durch den verstärkten Zoll gegen den aus- ländischen Wettbewerb geschützt werden. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Erzeugungsbedingungen für die deutsche Zuckerindustrie bedeutend günstiger liegen, als die der ge- fürchteten ausländischen Konkurrenz, und daß die deutsche Zuckerverarbeitung technisch äußerst rückständig ist. Früher hat man einmal versprochen, daß mit einer Erhöhung des Zucker- zolls zugleich eine Ermäßigung der Zuckersteuer verbunden werden soll. Die Reichsregierung läßt dieses Ver- sprechen ein, indem sie den Zuckerverbrauch nicht erhöht, aber an eine Ermäßigung der Zuckersteuer gar nicht denkt. Der Herr Reichsfinanzminister, der Millionen und aber Millionen für die Großagrariern und die Schwerindustrie übrig hat, glaubt auf die Zuckersteuer nicht verzichten zu können. So bedeutet die Zuckervermehrung eine ganz bedeutende Verteuerung des Zuckers und eine neue Liebesgabe an die Rübenbauer. Nach- dem man im deutsch-französischen Zusatzabkommen den Meh- zoll ganz erheblich erhöht und den Brotkorb für die arbeitende Bevölkerung abermals höher gehängt hat, hält man es an der Zeit, derselben Bevölkerung den Zucker durch übersteigerte Preise entsprechend zu verteuern.

III. Das nationale Schwein.

Zugenscheinlich ist die Besitzblockregierung auch der Auf- fassung, daß das deutsche Volk zu viel Fleisch isst. Man bemüht sich also im Reichsernährungsministerium, das sich unter dem neuen Regime zu einem Ministerium gegen die Ernährung auswächst, mit vielem Eifer um die „schlanke Linie“ des deutschen Volkes. Zunächst hat man sich mit dem Plan beschäftigt, die Einfuhren an Gefrierfleisch aus dem Aus- lande nach Deutschland zu verjollen. Die entsprechende Vor- lage wird der Öffentlichkeit wohl in einigen Tagen unter- breitet werden. Gefrierfleisch ist aber der Artikel, der gerade von der arbeitenden Bevölkerung verbraucht wird. Für Hun- derttausende von Familien war es in den letzten Jahren sicher- lich das Fleisch, das man überhaupt kaufen konnte. Das gilt besonders für die Arbeitslosen. Mit der Verteuerung des Ge- frierfleisches will sich die Regierung aber nicht begnügen. Es heißt nämlich, daß die Reichsregierung bei der Wiederauf- nahme der kurzzeit ruhenden deutsch-polnischen Handelsver- tragsverhandlungen alles tun wird, um die heimische, die deutsche Viehzucht zu schützen. Noch vor einigen Monaten hat der deutsche Handelsdelegationsführer Lemald erklärt, daß Deutschland nichts gegen die Einfuhr einer erheblichen Menge geschlachteter Schweine aus Polen für Deutsch-Oberschlesien und die unbeschränkte Einfuhr polnischen Schweinefleisches für eine größere Zahl deutscher Fleisch- fabriken habe. Als das die deutschen Agrarier hörten, war natürlich das „nationale Schwein in wieder in Ge- fahr“. Sie beklagten die Reichsregierung mit Eingaben, und heute ist die Reichsregierung natürlich der Auffassung, daß das nationale Schwein gegen die polnischen Einfuhren durch Höchstzölle geschützt werden muß. Wie steht es nun um das

bedrohte nationale Schwein? Der Schweinebestand in Deutschland liegt trotz erhöhter Preise noch weit unter Friedensstand; auch der Fleischverbrauch pro Kopf ist bei uns gegenwärtig noch bedeutend geringer als vor dem Kriege. Eine Veranlassung, die Einfuhren billigeren polnischen Schweinefleisches zu verhindern, liegt nicht vor. Man will eben nur den Agrariern Sonderprofite schaffen.

IV. So etwas nennt man Politik.

Diese Betonung eines einseitigen Interessenstandpunktes muß natürlich zu verhängnisvollen Folgen führen. Vor allem werden dadurch die Handelsvertragsverhandlungen erschwert, fast unmöglich gemacht. Polen ist für uns ein Hauptabnehmer industrieller Waren. Es kann von uns verlangt werden, daß wir seine Erzeugnisse ins Land hereinlassen und wir haben sein billigeres Getreide und Fleisch auch nötig. Sperren wir aber die Grenzen nach Polen, so werden wir in ganz kurzer Zeit erleben, daß der Handelsvertrag mit Polen, den wir haben müssen, immer unmöglicher wird. Dasselbe gilt bezüglich des Handelsvertrages mit Frankreich. Frankreich hat allerdings einen neuen Zolltarif geschaffen, der außergewöhnlich hohe Zölle aufweist. Demgegenüber haben wir immer wieder den Standpunkt betont, daß es zuerst darauf ankommt, überhaupt einen Handelsvertrag mit Frankreich zu bekommen. Wir ließen uns dabei von folgender Ueberlegung leiten: In den Jahren nach dem Kriege hat sich der Warenaustausch mit Frankreich durchweg auf der Grundlage von Reparations- lieferungen vollzogen. Diese werden in absehbarer Zeit auf- hören. Der freie Warenverkehr tritt dann an Stelle der Zwangslieferungen. Die deutsche Industrie muß Zeit haben, sich auf den freien Warenverkehr einzustellen, und sie kann das nur mit Hilfe eines Handelsvertrages. Wie dieser Handelsvertrag aussieht, wie man die überlegten Zollsätze erträglich gestaltet, ist eine Frage zweiter Ordnung und Sache künftiger Abmachungen. Die deutsche Regierung hatte sehr günstige Gelegenheiten, zu einem deutsch-französischen Handels- vertrag zu kommen. Durch die erwähnten hohen Zollsätze in der französischen Vorlage, die besonders der französischen In- dustrie zugute kommen sollen, sah sich die französische Land- wirtschaft bedroht. Die französische Landwirtschaft, die eine Ermäßigung dieser Zollsätze verlangte, war also die natürliche Bundesgenossin der deutschen Handelsvertrags- unterhändler. Hätten diese die Lage rechtzeitig ausge- nutzt, so hätte man den Vertrag haben können, sehr wahr- scheinlich mit einer starken Ermäßigung der vorgesehenen fran- zösischen Zölle. Die deutsche Delegation aber zogerte, um noch alle möglichen Wünsche deutscher Interessenten in den Verhandlungen durchzusetzen. Während dieser Zeit schloß die französische Regierung mit der französischen Landwirtschaft Frieden, indem die Regierung den französischen Landwirten ebenfalls Zollhöherungen zugestand. Jetzt hätte natürlich so ziemlich niemand in Frankreich Interesse mehr an einem Han- delsvertrag mit Deutschland. Frankreich kann jetzt abwarten, und die deutschen Unterhändler befinden sich in der unange- nehmen Lage, den Handelsvertrag von Frankreich durch ganz erhebliche Zugeständnisse zu erkaufen. Eine deutsch-nationale Regierung in Berlin nennt so etwas Handelsvertragspolitik.

V. Bedenklicher Optimismus.

Diese Regierung glaubt sich Scherze, wie wir sie oben ge- schildert haben, erlauben zu können. Allerdings hat sich mit dem fortschreitenden Frühling das Arbeitslosenheer bei uns verringert. Einzelne Industriezweige zeigen sogar Hochkonjunktur. Das alles aber kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir uns in einer der furchtbarsten Arbeitsmarktkrisen be-

Cloira.

Cloira ist Spinnerin. Cloira — Gott, was 'n Name. Ja, sag man — Cloira — das klingt 'n bißchen spanisch. Cloira ist achtzehn Jahre alt. Wie kam die Spinnerin Cloira zu diesem romantischen Namen? Warum? Sehr einfach, weil die Mutter Cloiras eine Romanikerin war, d. h. eine Träumerin, die da immer auf einen Prinzen wartete, der sie heiraten sollte. War sie 'ne Prinzessin? Ach was, Dummeheit! auch Cloiras Mutter war eine Spinnerin — aber sie las gerne Romane, sie schätzte sich vor der rauhen Wirklich- keit in die Welt der Träume. Der Prinz kam nicht, aber der Spinner kam, und der Spinner heiratete die romantische Spinnerin — und ihrer Romanik zuliebe gab die junge Frau ihrem ersten Kinde den Namen Cloira. Wißt ihr nun Bescheid? Jawoll. Gut. Ist Cloira auch eine Romanikerin? Ach was, Quatsch, nein! Cloira ist Realistin — oder — wenn ihr wollt — Idealistin! Was für Fremdworte. Ja, sag man — wir Deutsche sollten deutsch schwätzen. Idealistin? Was das heißt? Das heißt: Sehnsucht haben. Wohin hat Cloira denn Sehnsucht? Zum Schatz vielleicht? Na, na — Cloira hat überhaupt keinen Schatz — Cloira hat Sehnsucht hin zu besserer Wirtschaftlichkeit. Cloira ist Idealistin, weil sie sehr- sichtlich hinaus möchte aus ihren harten Wirtschaftsbedingungen, weil sie ein anderes, ein glücklicheres Leben führen möchte, als wie sie es jetzt führt. So ist der Idealismus, die Sehnsucht der Cloira! Loufel, denn ist ja Cloira 'ne Sozialistin. Na feierst du nicht doch, was denn sonst, und 'ne gute rote Gewerkschaftlerin ist die Cloira auch, auf der Kammerabteilung von der Spinnererei — wo die Cloira arbeitet, da sind alle Mädchen im roten Legierrockband, da hat Cloira für- geföhrt — sonst wäre sie doch auch keine Idealistin!

Und hastest du nicht gesagt, Cloira habe keinen Schatz? Sicher- lich hab' ich das gesagt — zur Schatzerei hat die Cloira keine Zeit, ihre freie Zeit nützt Cloira zum Lernen, sie liest Marx und Bebel und Laßalle — sie wirkt in der Gewerkschaftsjugend — und sie hilft bei den roten Kinderfreunden — und zu Wohlsein trägt die Cloira Hingeblichkeit herun — Donnerwetter!, allen Respekt vor diesem Rädel. Das wollte ich auch meinen. Ich will noch dieses sagen: Die Cloira hat doch 'nen Schatz, aber keinen von Fleisch und Blut, sondern 'nen Schatz: der eine Woz ist, eben — den Sozialismus, die Gemeinschaft! Und ich glaube, der Sozialismus, der ist ein guter Schatz: Er will all seine Kräfte anstrengen, um für sich selbst und für alle bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen. Jawoll, das stimmt alles. Cloira, du achtzehnjährige Spinnerin, wie haben dich, denn wir sind keine Kameraden und keine Kameradinnen — wir sind eins in dem Wozen: befreies Leben, echtes Leben! Als Realistin hab' wir alle miteinander eine große Lebenssehnsucht, aber uns fehlt die goldene Sonne der internationalen Arbeiterbrüderung, wir brauchen Brüder von Kontinent zu Kontinent, wir brauchen alle Herren der Welt — gleich, ob deren Träger weiß, rot, schwarz, gelb, grün, oder blaue Hautfarbe haben. Den — Menschen! — suchen wir im Menschen: den echten Menschen, den richtigen Menschen, den Herzensmenschen. Das ist Sozialismus! Schiller sagte: „Seid unschlungen, Milio-

nen —“ Jawohl, Cloira, zu dieser Umarmung gehört auch du, komm her Mädell — Aber lachend springt sie davon, so 'ne Schelm!

Und nun will ich euch mal 'n bißchen was aus dem Leben un- serer Freundin Cloira erzählen. Cloira muß früh um halber fünfje aufstehen, Feuer machen, Kaffee kochen, Brot zum Müehnen schmierem. Und dann kommt Vater. Und dann trinkt Cloira mit Vater am Küchentisch gemeinsam Kaffee — und am Herd schnurrt „Pirlebaug“, die kleine graue Kasse mit den grasgrünen Augen. „Auf geht's!“ ruft Vater. Cloira gibt der „Pirlebaug“ noch schnell 'nen scheuen Kuß auf das rostige Schnäuzchen — und dann nit wie raus, raus aus'm Haus — schnell, schnell, schnell — 's ist schon spät heute, vom Feuerweh'haus schlägt es schon einolertel sechs. Und, uhh, das Unglück, die Elektrische ist schon proppevoll. Nun steh' du mal 35 Minuten, so weit ist es zu fahren bis zur Spinnererei! Arme Cloira, du hältst dich mit der roten Hand droben am Leder- riemen, du stehst — und du schlafst dabei so'n bißchen ein — so groß ist deine Müdigkeit!

Aussteigen. Es ist noch finstere Nacht. Es regnet. Der Wind weht von See, es ist heute kalt in Bremen. Auf der Weser tuten die Dampfer, die mit der Flut von See heraufkommen sind. Und dann mal hinein ins Gefängnis, in die Spinnererei! Ach, Freunde, ich kann das nicht verschweigen — allemal, wenn unsere Cloira früh fünf Minuten vor sechs durch das Fabriktor schreitet und ihre Marke abnimmt, dann klopft dem armen Würmchen das Herz so sehr, als ob es ins Gefängnis hineinginge. Das geht nun schon vier Jahre so, mit vierzehn Jahren kam Cloira in die Fabrik — jetzt ist sie acht- zehn. Aber Vater verdient doch — warum soll denn auch die Tochter —? Ruhig, ruhig, da sind noch drei andere Kinder. Zwei Jungens, die lernen was, einer wird Schlosser, der andere wird Tape- zierer. Und dann ist da noch Klein-Kennchen, das Reithärdchen, das keine, liebe, liebe Schwesterchen, vier Jahre alt —. Ihr versteht schon. Was soll ich viel quatschen! Cloira geht in die Fabrik, da- mit die Brüder was Nütliches lernen können. Und damit Klein- Kennchen Milch hat. Auch Mutter geht noch schaffem, die pußt in 'ner Schule, nachmittags von drei bis sechs. Ja, ja, Freunde, so leben wir Proleten in der freien Republik, hoch die kapitalistische „Kultur“!

Fabrik. Das schnurrt, lauft, raskelt, spinnst, staubt, riecht nach Öl und Sacksteinen — riecht nach Indien, Aegypten und Texas. Cloira steht an der Kammaschine, die weiße Baumwolle reinigt sich, sie wird faden und Garn und Stoff und Kleid. Jetzt, wo es auf Mittag geht, wo bald sechs Werkstunden getan sind, jetzt fühlt sich Cloira nicht mehr im Gefängnis. Jetzt fühlt sie sich wie eine Königin, wie eine Herrscherin, geborjam arbeitet die Maschine nach dem Willen der Cloira. Cloira arbeitet für die Armen, sie hilft mit, daß arme bloße Menschen gekleidet werden. Cloira ist jetzt durchlebt vom Glut der Arbeit — mein Bruder, meine Schwester, ich wirke für euch. Und irgendwie arbeitet ihr anderen für mich! Ihr macht mir Schatz, ihr seid Elektriker im Stromwerk, ihr pflügt den Acker: daß mein Brot wacke! — O, wenn Cloira im Saufen ihrer Maschinen- Stunde um Stunde für die Menschheit spinnst und wirkt — dann ist

sie unsonnt vom Segen der Arbeit! Dann erlebt Cloira bereits das Glück des Sozialismus: Ich für dich, du für mich: Gemeinschaft!

Aber dann kommen die anderen Stunden, die langen Stunden des Nachmittags, wo der Körper müde und schlapp wird, wo mit dem Körper auch die Seele müde und traurig — und oft verzweifelt wird. Was ist das für eine Welt, in der meine Jugend in übermäßig langer Arbeitszeit vertrauert und früh entblättert. Ich ich nicht eine Rose, die als Knospe schon den Sturm in sich trägt, die nie auf- blühen wird? Mit fünfundzwanzig Jahren werde ich alt und häß- lich sein. Ach, arme Cloira, jetzt weint sie gar. Sie meint, es sehe niemand, aber unser Herz sieht das doch. Wir weinen mit, um die vergewaltigte Jugend der armen schönen Freundin.

Dann aber, gegen Abend, sehen wir die Cloira wieder anders. Dann wird die Cloira die dritte Cloira. Bald ist Feierabend, alle Lebenskräfte wachen wieder auf — diesmal — als — Jörn! Die Stirn der Cloira ist gerötet, ihre weißen Zähne knirschen hart auf- einander — sie denkt dieses: Wer ist es, der die Frucht meiner Arbeit erntet? Der Mittenbesitzer! Der niemals die Spinnererei ge- sehen hat, der mit unseren Wertsaktien an der Börse Handel treibt, der uns arme Spinnerinnen verjorbert und verschachtet — wir schaffen, daß Dividende werde! Dividende ist die Frucht unserer Arbeit. Die „Wirtschaftsgeetze“ der Kapitalisten sind Raubgeetze, wir armen Spinnerinnen werden um den Mehrwert unserer Arbeit betrogen. Aber das soll nicht ewig so sein. Wir sind Sozialisten, wir kämpfen um reifere Wirtschaftsformen: Planwirtschaft, Ver- nunftwirtschaft, jedem Arbeitenden die Frucht seines Wertes! Das ist es, was wir wollen. Das ist unser Realismus, das ist unser Idealismus.

Feierabend. Die Wertstreme brüllt wie ein Königstiger, der seine Gefangenen aus dem Käfig entläßt, gefangen waren die Spinne- rinnen — einen langen Tag hin — gefangen beim Königstiger Kapital.

Schnell umkleiden. Schnell zur Elektrischen — diesmal klappt es — Cloira kann sitzen.

Heimfahrt, hin durch das Zentrum Bremens. Der Marktplatz. Das Rathaus rot im Lichte der Abendsonne. Sankt Petri, der Dom, zwei hohe Türme, obendrauf krähen zwei rote Gockel, krähen der Abendsonne ein abendliches Lebewohl. Wann werden die Gockel- hähne auf den Türmen Sankt Petri sich umdrehen und der roten sozialistischen Morgenröte ihren schmetternden Gruß senden? Ant- wort: Dann, wenn wir alle Arbeiter und alle Arbeiterinnen für die freie Gewerkschaft und für den sozialistischen Kampf um die politische Macht gewonnen haben. Cloira hilft mit, heute abend geht sie als Agitatorin von Haus zu Haus, werbend mit Flugblatt und werbend mit dem roten jungen Herzen: Gemeinschaft! Idealismus! Wirk- lichkeit!

Du, Cloira, wenn die Rosen blühen, wenn dich, Liebe und Gute, ein Bursche finden wird (ein junger schöner Matrose von See), dann sollst du nicht mehr Cloira heißen, sondern — Elisabeth! Keine Ro- manistik, sondern Wirklichkeit, Realismus. Und Idealismus als Schu- lacht hin zu besserer Wirtschaft! Bessere Wirtschaft heißt: Vernunft, Freiheit, Liebel! So ist „unser“ Welt, dan.

finden, daß die Arbeitslosigkeit bei uns, wie in England, chronisch geworden ist. Während wir im vorigen Jahre in unserem Warenverkehr mit dem Ausland einen starken Ausfuhrüberschuß haben, ist heute die Wareneinfuhr rund 200 bis 300 Millionen Mark pro Monat größer als die Warenausfuhr. Uns fehlen vor allen Dingen geregelte Handelsbeziehungen mit anderen Völkern, damit wir Waren ausführen und unsere Einfuhren an Rohmaterialien bezahlen können. Eine Warenausfuhr von einer Milliarde Mark bedeutet für unsere Wirtschaft, daß wir hunderttausend Menschen mehr beschäftigen können. Ueber das alles geht aber die Rechtsregierung hinweg. Sie macht Profitpolitik für einzelne Interessentkreise. Sie wagt sich hinsichtlich der Lage auf dem Arbeitsmarkt im bedenklichsten Optimismus. Sie verkennet, daß die Besserungen in der Wirtschaft zum größten Teil auf zufälligen Ursachen, auf einer saisonmäßigen Beeinflussung des Arbeitsmarktes beruhen. Wir befürchten, daß mit Eintritt des Herbstes der rosenrote Optimismus der Rechtsregierung gegenüber den furchtbaren Zahlen der chronischen Arbeitsmarktkrise verfliegen wird.

VI. Abt. bei der Post....

Auch auf anderen Gebieten hat die gegenwärtige Regierung alles getan, um wirkliche Besserungen in der Wirtschaft zu unterbinden. So kündigt die Post eine erhebliche Verteuerung ihres Portos an. Sie begründet die geplante Preissteigerung damit, daß alles teurer geworden sei. Das ist nur bedingt richtig. Es gibt eine ganze Reihe von Waren, die man heute zu Friedenspreisen kaufen kann; in vielen Fällen liegt sogar der Preis unter Friedenspreis. Bei den früheren Regierungen war es immer „nationale Angelegenheit“, die überhöhten Preise der Industrie zu drücken. Wir erinnern nur an die Preisabsenkung der Regierung Luther. Heute scheint man, im Schoße der Rechtsregierung, wesentlich anders über nationale Angelegenheiten zu denken. Heute geht man den Preiswucherern mit bestem Beispiel voran. Wir fragen, ob diese Regierung überhaupt noch das moralische Recht hat, etwas gegen den Wucher zu unternehmen, nachdem sie den Unternehmern erst zeigt, wie man richtig wuchert. Die Regierung hat eben durch die geplante Erhöhung der Posttarife vor dem Wucher in Deutschland regelrecht lapidiert. Wenn aber infolge dieser neuen Belastung der Wirtschaft die Preise steigen und die Gewerkschaften Lohnforderungen ankündigen, dann heißt es, die wirtschaftsfreundlichen Gewerkschaften verhindern mal wieder durch Lohnforderungen die Preisverbilligung. Es ist schon mal ein eigenartiges Ding um die Logik. Ohne Zweifel ist die Tarifierhöhung der Post unberechtigt. Der Wert des Geldes ist allerdings gefallen. Dagegen hat die Technik gerade im Verkehrswesen eine ungeahnte Entwicklung genommen. Sie führt zu einer Senkung der Herstellungskosten und die Post ist unserer Auffassung nach durchaus in der Lage, den gesunkenen Geldwert durch die Verbesserungen der Technik auszugleichen. Das will sie aber nicht. Sie hätte sich mal um die Preisbildung bei den Industriekunden kümmern sollen, die die Post mit Materialen und Geräten beliefern. Sie hätte dann gesehen, wie stark die Preise dieser Industrien überhöht sind. Richtig wäre gehandelt worden, wenn man auf eine Normalisierung dieser Preise gedrungen und dem Wucher mal richtig auf die Finger geklopft hätte. Aber man will auch die Industrie befechten, läßt ihr die überhöhten Preise und belastet die

Massen. Denn daß die erhöhten Posttarife ohne weiteres in Form einer Verteuerung aller Waren auf die Massen abgewälzt werden, versteht sich von selbst. Verringerte Kaufkraft und verringerte Arbeitsgelegenheit ist der Erfolg. Das nennt die gegenwärtige Regierung Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

Die Herren der Wirtschaft.

Ein aufschlußreiches, aufgeschwemmtes Buch, dieses „Adressbuch der Direktoren und Aufsichtsräte“; über 2000 Seiten direktorialer Personal aufbau. Da sind sie verzeichnet, die Herren der Wirtschaft, die stillen und die lauten, die offenen und hinter den gepolsterten Kubesseln, blickten Vorhängen und abgetönten Wänden den Wehrauchbecher der Penibilität schwingenden Tempelhüter und Vorbeter der Dividenden und Lantlemen, der hohen Preise, der langen Arbeitszeiten und niedrigen Löhne, der Platoniker der Arbeitsgemeinschaft und Verächter der Wertgemeinschaft und der Verächter der Massenbewegungen. Sie marschieren alle auf in den goldenen Burpurmänteln ihrer wirtschaftlichen Macht und Würde. Die Verfüzung der persönlichen Machtstellung in der Wirtschaft tropft aus allen Seiten dieses fetten Buches. Inmer wieder begegnen wir diesen 10-, 20-, 30-, 40-, 50-, 60- und noch mehrfachen Direktoren und Aufsichtsräten in den gleichen Unternehmungen. Und die naive Frage quillt über die Lippen: Was doch diese Menschen für eine ungeheure Arbeitslast zu bewältigen haben, um die Interessen der ihnen anvertrauten Unternehmungen auch wirklich wahrzunehmen. Oder sollten diese Kernter nur dekorativen, tantienhaften Wert haben? Sollte vielleicht der Mangel an Qualität durch die Quantität ersetzt werden? Es ist ja ausgeschlossen, daß so ein zehn- und mehrfacher Aufsichtsrat sich etwa um die Interessen der Unternehmungen kümmern könnte, wie es nach den handelsgesetzlichen Bestimmungen vorgeschrieben ist. Das sollen sie auch nicht. Es sind Machtpositionen der Banken, die vorherrschend sind, und fette Pründe für die Inhaber dieser Posten.

Da finden wir einige Wirtschaftsführer, die auf Unternehmertagungen äußerlich ganz vernünftig anmutende Worte über die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern gesagt haben, in Unternehmungen als Aufsichtsratsmitglieder sitzen, deren soziale Verhältnisse zum Himmel schreien. Sie sollten ihre ideal auf den Markt hinausposaunten Auffassungen in den Unternehmungen, in denen sie als Aufsichtsräte sitzen, zunächst einmal praktisch verwirklichen. Begehrenswert scheinen die zur Disposition gestellten oder pensionierten höheren Beamten zu sein, die in die Aufsichtsräte berufen werden, um ihre Beziehungen zugunsten der Gesellschaft spielen zu lassen.

Wir sehen aber auch, wie durch diese Verfüzung der Aufsichtsratsposten die gesamte Wirtschaft an einem Strang zieht. Wir fühlen und ahnen die unterirdischen Kräfte, die sich den sozialen Befreiungskämpfen der Arbeitnehmer entgegenstemmen, wir spüren, wie diese wirtschaftlichen Mächte in den großen Banken und Industriekonzernen zusammenfließen und wo die sozialen Gifte gebraut werden, die die Seelen der Arbeitnehmer immer wieder zum Erschlütern bringen sollen.

Wir finden aber auch, daß die sozialpolitischen und gewerkschaftspolitischen Wortführer der Arbeitgeber verhältnismäßig nur in wenigen Aufsichtsräten vertreten sind, anscheinend um für den Kampf gegen die Arbeitnehmer völlig freie Hand zu haben.

Nur eine fest zusammengeschlossene, zum Neuesten entschlossene Arbeitnehmerchaft kann dieser stillen, aber machtvollen Phalanx Achtung abzwängen.

Sch wollte erst alle 15 fachen, dann die 20 fachen Aufsichtsräte tabellarisch anführen. Aber ihrer sind so zahlreich wie Sand am Meer, so daß die folgende Tabelle mit den 25 fachen begnügt. Das sind noch nicht etwa alle, sondern nur die, die die Verfüzung und Verknüpfung in der Wirtschaft erkennen lassen und zeigen, wo die Fäden zusammenlaufen.

Name und Titel	Direktor	Aufsichtsrat	Bemerkungen
Kudrath, F., Bankier, Berlin	1 (Bank)	26	
Krusch, F., Bankier, Dresden	1 (Bank)	33	
Krusch, G., Bankier, Dresden	1 (Bank)	38	
Klein, D., Dr., Bankier, Berlin	1 (Bank)	26	
Krenker, W., Rechtsanwalt, Berlin	1 (Bank)	25	
Blumenfeld, A., Fabrikbesitzer		23	Textilindustrie
Blumenfeld, J., Fabrikbesitzer		23	Textilindustrie
Bodenheimer, E., Bankier, Berlin	1 (Bank)	34	
Böck, C., Prof., Ludwigshafen	3 (S. G. Farben)	10	Führend in der S. G. Farben
Brosien, H., Dr., Geh. Kommerzienrat, Mannheim		27	Führender Kreditbank Mannheim
Carp, Werner, Düsseldorf		34	Bergbau, Kali
Carst, Otto, Bankier, Berlin	8 (Grubenwerk)	27	
Clemm, H., Dr., Mannheim	1 (Zellstoff)	24	Führender Zellstoff, Papierindustrie
Cunz, W., Dr., Reichsanwalt a. D.	1 (Schiffahrt)	18	Schiffahrt führend, Postensampan-ge
Degenhardt, C., Bankier, Dresden	3 (Staatsbank)	30	
Deichmann, C. Th., Bankier, Köln		38	
Deusch, F., Dr., Geh. Kom. 2 (UG.)		41	Bekannter Unternehmer
Deventer, Berlin			
Pietrich, G., Dr., Geh. Kommerzienrat, München	1 (Bank)	30	
Effertz, H., Bergwerksdirektor		44	Kollgewerkschaften
Duisberg, C., Dr., Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie		9	Führender in der S. G. Farben, Versicherungs
Eißberg, Fr., Dr., Gen.-Dir., Berlin		30	Vorsitzender der Vereinigung der Arbeitgeberverb.
Fischer, H., Dr., Rechtsanwalt		48	Kaufmannspräsident
Frank, Th., Dr., Berlin	1 (Diskonto)	34	
Frowein, H., Fabrikant, Elberfeld		25	Textil, führend im Reichsverband d. Deutsh. Industr.
Frowein, H., Dr., Rechtsanwalt, Elberfeld	3	27	Deutsche Bank
Fürstberg, C., Bankier, Berlin	1 (Handelsgesellschaft)	50	
Gebels, E., Bankier, Mannheim		29	Südd. Diskont.-Ges.
Gebels, Otto, Gen.-Dir., Hannover		28	Kali-Bergbau
Goldschmidt, J., Bankier, Berlin	1 (Bank)	56	
Guilleaume, A. v., Köln		30	Versicherungen
Gumpel, Hermann, Bankier, Hannover		31	Kali-Bergbau
Gutmann, H., Bankier, Berlin	1 (Dresdner Bank)	47	
Hagen, E., Dr., Bankier, Köln		54	
Harnack, G., Bankier, Düsseldorf	1 (Bank)	28	
Heb, B., Gen.-Direktor, Dessau	5 (Gas-Gesellschaft)	35	Elektrizität
Heinrich, Th., Dr., Bremen	1 (Lloyd)	25	
Hiller, Jul., Bankier, Dresden		25	
Willington-Herrmann, P., Dr., Berlin	1 (Deutsche Bank)	65	
Hinde, F., Bankier, Berlin		29	
Jahr, C., Dr., Bankier, Mann.	1 (Bank)	22	
Jeilm			
Jeilich, D., Dr., Berlin	1 (Bank)	44	
Joerges, C., Berlin	1 (Bank)	27	
Kampner, W., Dr., Bankier, Berlin		51	
Kimmich, A., Dr., Bankier, Berlin	1 (Bank)	33	
Kleemann, W., Bankier, Berlin	1 (Bank)	25	
Kemperer, B., Dr., Bankier, Dresden	1 (Bank)	35	
Klöckner, Peter, Dr., Duisburg	1	29	Führender Unternehmer d. Schwerindustrie
Korte, G., Dr., Magdeburg		45	Kali-Bergbau
Krawinkel, D., Essen	1	28	Bergbau
Krüger, Ernst, Bankier, Berlin	1 (Bank)	31	
Krüger, Joh., Dr., Dresden	1 (Bank)	28	
Loh, H., Bankier, Mannheim	1 (Bank)	53	
Lamroth, P., Dr., Berlin		33	
Meißner, C.	1 (Bank)	28	Bekannter Bankmann
Mosler, C., Dr., Bankier, Berlin	1 (Bank)	27	Bekannter Bankmann
Nathan, S., Bankier, Berlin	1 (Bank)	46	
Oppenheimer, S., Bankier, Köln	1 (Bank)	58	
Peterfer, C., Bankier, Leipzig	1 (Bank)	29	
Pfiedmenges, A., Bankier, Köln	1 (Bank)	33	Schaaffhausen'scher Bankverein
Pöhlmann, A., München	1 (Bank)	27	
Reinhardt, F., Bankier, Berlin	1 (Bank)	38	
Reusch, P., Dr., Oberhausen	3 (Industrie)	26	Bekannter Führer der Schwerindustrie
Rosenfeld I., Dr., Rechtsanwalt, Mannheim		30	Bekannter sidddeutscher Unternehmer
Rosterg, A., Gen.-Dir., Kassel	2	57	Bekannter Kalführer
Salomonsohn, A., Dr., Bankier, Berlin	2 (Bank)	32	Diskontogesellschaft
Schlotter, D., Dr., Bankier, Berlin	1 (Bank)	49	
Schoen v. Wildenegg, C., Dr., Bankier	1 (Bank)	43	
Schreiber, J., Bankier, Bremen	1 (Bank)	59	
Schulze, W., Bankier, Berlin	1 (Bank)	55	Commerz.-Präsident
Schwabach, P. v., Dr., Bankier, Berlin	1 (Bank)	39	Bankhaus Reichsrodter
Silberberg, R., Dr., Generaldirektor, Köln	1 (Bank)	30	Bergbau führend
Sintenis, G., Dr., Berlin, Bankier	1 (Bank)	51	
Seberheim, C., Bankier, Berlin	1 (Bank)	59	Commerz.-Präsident
Solmsen, G., Dr., Bankier, Berlin	1 (Bank)	47	Diskontogesellschaft
Staub, C. G., Dr., Bankier, Berlin	1 (Bank)	34	Deutsche Bank
Staub, C., Direktor, Berlin		30	Textilindustrie
Stein, S. v., Dr., Bankier, Köln	1 (Bank)	60	
Strube, A., Dr., Bankier, Dresden	1 (Bank)	40	
Teschner, F., Dr., Bankier, Breslau	1 (Bank)	53	
Ullrich, Fr., Bankier, Berlin	1 (Bank)	27	Diskontogesellschaft
Waller, A., Dr., Generaldirektor, Turtmann	1 (Stahlwerk)	20	Bekannter Unternehmerführer
Worburg, W., Bankier, Hamburg	1 (Bank)	51	Bekannter Bankmann
Weil, B., Dr., Mannheim	1 (Bank)	41	Südd. Diskontogesellschaft
Weissenberger, O., Bankier, Dresden	1 (Bank)	64	
Wobbenheimer, E., Bankier, Berlin	1 (Bank)	32	Diskontogesellschaft
Wongner, C., Generaldirektor, Düsseldorf		13	Bekannter Unternehmerführer

Mit trotz gem. Wert die Willenskraft die Mühe und Lerna, Krebs vorwärts ohne Kraft. \* FRAUENTEIL \* Aufstrebend wie die — und die Grenzen jähle — die du mit gekl. Kraft erworben hast.

Frau oder Fräulein?

Von Dr. phil. Helene Stöcker.

Der Kampf für die Einheitsanrede „Frau“, ist so alt wie die Frauenbewegung — zumindest der letzten Generation. Seit die ersten Pionierinnen der akademisch gebildeten, geistig unabhängig gewordenen Frau die Möglichkeiten hatten, mit dem neu errungenen wissenschaftlichen Rüstzeug die Welt kritisch zu betrachten, haben sie die Unzulänglichkeiten, das Unzureichende, ja das Taktlose dieser Zweiteilung der Frauen lebhaft empfunden. Und mit ihnen immer eine große Anzahl von Männern, die den Problemen des modernen Gesellschaftslebens verständnisvolle Aufmerksamkeit schenken. Schon seit zwanzig Jahren haben wir, zum Beispiel in der von mir herausgegebenen Zeitschrift „Die Neue Generation“ — dem Publikationsorgan des Deutschen Bundes für Mutterschutz wie der internationalen Vereinigung für Mutterschutz und Sexualreform — diese Einheitsanrede „Frau“ gefordert, und viel Mitkämpfer, auch unter dem männlichen Geschlecht, gefunden. Diese Grundanschauung fand u. a. Ausdruck in einer einstimmig angenommenen Resolution, die einem Referat über „Persönlichkeit oder Familienstand?“ von mir gehalten, folgte, und in der es u. a. heißt: „Die Versammlung betrachtet die Anrede „Fräulein“ im Zeitalter der Frauenbewegung, des Mutterschutzes und der Sexualreform als einen lächerlichen Anachronismus (Rückständigkeit). Sie sieht den Wert der Frau wie den des Mannes in der Persönlichkeit, dem Wesen und der Leistung, keineswegs aber etwa in dem Zivilstand der Frau, dessen Veränderung ohnehin nicht im Bereich ihres eigenen, sittlichen Wirkens liegt.

Die Klassifizierung der Frauen in solche, die auf dem Standesamt waren und solche, die es nicht waren, die herrschende Stellung dieser Abstempelung als allgemeine Anrede, muß sowohl ihrem Wesen wie ihrer Wirkung nach direkt als unfittlich betrachtet werden. Da rechtlich einer Inanspruchnahme des Titels Frau nichts im Wege steht, so ist von jeher, dem an der Ehre und Würde der Frau gelegen ist, Aufklärung darüber in weitesten Kreisen zu verbreiten. Wie für jeden erwachsenen Mann der Titel „Herr“, so muß mindestens für jede mündige Frau die Anrede Frau als eine kulturelle Notwendigkeit gefordert werden.

Die Behörden sollen gebeten werden, hier mit gutem Beispiel voranzugehen, wie sie es ja schon in bezug auf die höheren Beamtinnenstellungen tun.

Im Kampf gegen die doppelte Moral und die Geringschätzung des weiblichen Geschlechts wird die Durchführung dieser Reform eine nicht zu unterschätzende Waffe sein und uns dem Ziel einer freiheitlichen Entwicklung für beide Ge-

schlechter und einer Verebelung unserer Moralbegriffe einen großen Schritt näherbringen.“

Sprachhistorische Studien haben zudem ergeben, daß der Titel „Frau“ auch ursprünglich für verheiratete und unverheiratete weibliche Personen galt. Warum sollte er es nicht auch wieder in der Gegenwart und in der Zukunft tun? In einem Volksstaate, in dem die Frau mit 20 Jahren politisch mündig ist, wirkt es doppelt absurd, sie durch die Abstempelung „Fräulein“ gewissermaßen als persönlich unmündig, als gesellschaftlich nicht vollwertig zu bezeichnen. Er ist lieblos, lächerlich, älterer „Fräulein“ im Greisenhaar gegenüber und tragisch bei der außer der Ehe Mutter Gewordenen. So wird die Anrede „Fräulein“ einer reifen und selbständigen Frau gegenüber mehr und mehr insitktiv als unpassend und taktlos empfunden.

Während des Krieges entschlossen sich die Justizminister der verschiedenen Länder, den Titel „Frau“ an Bräute von Gefallenen zu verleihen, um dadurch das Los des etwa nachbleibenden Kindes zu mildern. Es ist ein Verdienst des preußischen Ministers des Innern Heine vom 13. Juni 1919 in einer im „Ministerialblatt für innere Verwaltung“ vom 15. Juni 1919, Seite 298, abgedruckten Verfügung, die Konsequenzen der neuen Entwicklung gezogen zu haben. Er erklärt darin: „Die Bezeichnung „Frau“ für eine Angehörige des weiblichen Geschlechtes ist nicht gleichbedeutend mit Ehefrau. Dies ist weder eine Personenstandsbezeichnung, noch ein Teil des Namens, noch ein Titel, der verliehen werden müßte oder könnte. Es kann deshalb auch keiner ledigen Frau verwehrt werden, sich „Frau“ zu nennen.“

In unserer Arbeit für die Besserstellung auherhehelter Mütter und Kinder haben wir unzählige Male erfahren, welche nutzlose Kränkungen, Hemmungen, Demütigungen und Schädigungen aus der überlebten „Fräulein“-Anrede erwachsen: Eine würdige Anrede stärkt auch die Selbstachtung des oder der Angeredeten.

Wir scheitern daher Pflicht jedes fortschrittlich gesinnten, auf die Selbstachtung, die Würde der Persönlichkeit bedachenden Menschen, an dieser Umwandlung der Sitte durch Gebrauch der Einheitsanrede „Frau“ mitzuwirken. Es handelt sich nicht nur um Hilfe oder Schutz für auherhehelter Mütter und Kinder, sondern darum, die Konsequenzen in der geistigen Entwicklung der Frau überhaupt zu ziehen.

Krieg und Nachkriegszeit insbesondere haben von der Mehrheit aller Frauen joviell Verantwortlichkeitsbewußtsein und Leistungen gefordert, daß mit der Absurdität, erwachsene reife Menschen durch die Nachhilfe „lein“ als unreif in den Vordergrund zu rücken, unbedingt und unverzüglich gebrochen werden muß.

Diese tabellarische Uebersicht bietet einen tiefen Einblick in die wirtschaftliche Machtverteilung und -beherrschung. Bei den in der Tabelle angeführten Banken handelt es sich vorwiegend um die Berliner Großbanken und um die Filialdirektoren dieser Banken an den größeren Bankplätzen des Reiches.

Rubins.



Die Marke der organisierten Verbraucher! **GEWERKSCHAFTEN**, fordert nur **GEB-ZIGARETTEN IN EUEREM KONSUMVEREIN**

**Textilberufsgewerkschaften und ihre Verhütung.**

(Schluß)

Auch bei den dem Krempeln der Baumwolle vorausgehenden Arbeiten des Bodens der Fasern und der Entfernung der Narkositäten entwickeln sich erhebliche Staubmengen; alle hierbei verwendeten Maschinen müssen Staubabsaugvorrichtungen haben. Die sehr schnell laufenden Opener und Sockelmaschinen müssen so eingerichtet und umschlossen sein, daß ein Hineingreifen nur während des Stillstehens der Maschinen möglich ist. Die beim Krempeln zurückbleibenden Samen, nicht mehr verspinnfähigen Fasern werden heute abgelaugt; bei der (früher üblichen) Entfernung mit der Hand und besonders bei den Weisungen entstand eine erhebliche, die Atemluft der Krempelnden verunreinigende Staubmenge, die nur schwer zu vermeiden war. Bei der geringeren Staubentwicklung der Sockelmaschinen genügt es, diese oben abzudecken. Große Gewandtheit, Ausdauer und Aufmerksamkeit erfordert die Arbeit an den Sockelmaschinen. Gewöhnlich werden an ihnen weibliche und jugendliche Personen beschäftigt; es ist fraglich, ob gerade für solche Personen die ununterbrochene Bewegung gesundheitlich zuträglich ist. Gefahr für die Füße der Arbeiter besteht, wenn die Schienenräume der Sockelmaschinen im ausgefahrenen Zustand der Wagen über die Schienenenden der Wagen hinausragen; die Räder müssen bedeckt sein, damit nicht die Füße der an den oberhalb befindlichen Spindeln beschäftigten Arbeiterinnen gefaßt werden können. Die Baumwollstaubfänger sind weich, aber mit Widerhaken versehen; sie sind schwer anzuhängen und können Teile der Lunge so durchdringen und lahmen, daß es zu einer Verhütung der anderen Lungenteile kommen kann.

Im Gegensatz zu den Kammgarnspinnereien ist die Staub- und Schwingenentwicklung in den Streichgarnspinnereien als Abfallverarbeitungsbetrieben sehr groß. Der in den Wälsen aus den Garnabfällen herausgeschlagene Staub und Schmutz muß abgelaugt und abgeführt werden. Bei dem Zusammenreiben der Stahlstäbe der Wolstrommeln mit mineralischen Schmutzmitteln der Fasern können Funken und damit Feuergefahr entstehen. Es ist deshalb dringend wünschenswert, daß die Wolf- und Wälzräume feuerfest eingerichtet und von den übrigen Arbeitsräumen und den Treppenhäusern getrennt sind.

Bei dem Weben haben sich schon Unfälle ereignet während des Herbringens der bisweilen ziemlich schweren Ketzbäume zu den verschiedenen Maschinen; hiergegen ist auf die Verwendung von sogenannten Kettbaumwagen hinzuwirken. Das Kochen der Schützen soll wegen der damit verbundenen Dampfenentwicklung in besonderen Räumen geschehen. Auch die Schützenmaschinen sollen wegen der erheblichen Wärmeabgabe in getrennten Räumen aufgestellt sein. Wo in größeren Betrieben die Garnmangeln ständig in Tätigkeit sind, die Staubentwicklung also entsprechend stark ist, sollen sie an eine Staubabsauganlage angeschlossen sein. An den Webstühlen kommen die meisten Unfälle vor beim Hineingreifen in den Regulator und durch das Herausfliegen von Webstühlen. Die anzulernenden Weber sollen deshalb angehalten werden, das Regulatorrad immer nur an den Speichen anzufassen, nicht an den Zahnradern. Das Herausfliegen der Schützen kann verschiedene Ursachen haben, die eben nach Möglichkeit zu beseitigen sind. Außerdem sollen Drahtneze in geeigneter Weise an den Seiten der Webstühle angebracht werden, um herausfliegende Schützen aufzufangen. Um das Herausfliegen zu verhindern, sind Schützenfänger der verschiedensten Art erfunden und eingerichtet worden. Die meisten wirken gut, sind aber bei den Beteiligten unbesteht, weil sie mehr oder weniger bei der Arbeit des Webers stören oder die Instandhaltung des Webstuhls erschweren. In einem Buch über Unfalltechnik (Schiefinger) wird deshalb gesagt, der beste Schützenfänger sei derjenige, dem der Stuhlmeister das meiste Interesse entgegenbringe. Bei Schützen ohne Einfädleinrichtung pflegt der Weber den Fadenanfang der Schußspule durch ein Auge des Schützens hindurchzuführen; dieses sogenannte Rufen wird unappetitlich und kann eine Ansteckungsgefahr bedeuten, wenn aus irgendwelchen Gründen ein Wechsel der betriebsföhrnden Weber stattfindet. Staubbildung ist in den Webstühlen unvermeidlich, insbesondere bei der Verarbeitung von Baumwollfäden. Regelmäßiges Reinigen der Säle und ihrer Einrichtungen (auch der etwa hochliegenden Heizrohre) auf feuchtem Wege ist unbedingt erforderlich.

Beim Bleichen von Leinwand sind in älteren Anlagen mit sogenannten Reels (langen Bassins) schon Chlorgasvergiftungen vorgekommen. In neueren Bleichen ist die Gefahr weniger groß, indem dort Bassins mit geringerer Oberfläche benutzt, die Garne nicht bewegt und in dem gleichen Bassin auch gespült werden. Bei der Herstellung der Chlorlauge müssen die betriebsföhrnden Arbeiter Respiratoren oder Gasmasken tragen; durch den Arbeitsraum soll möglichst dauernd Frischluft strömen können. Ein neues Verfahren der Deutschen Schwan-Werke A.-G., wobei die Chlorlauge in der Weise hergestellt wird, daß Chlorgas (in Bomben) durch Sodaalauge geleitet wird, hat sich in großen Betrieben bereits gut bewährt. Für den Fall des Undichtwerdens einer Chlorfäule oder Rohrverbindung muß für anwesende Arbeiter die Möglichkeit bestehen, auf kürzestem Wege ins Freie zu gelangen. Ausströmende Chlorgase (sie sind schwerer als die Luft) sind ins Freie abzuleiten. Das Abtrennen der abfließenden kurzen Fasern der Baumwollgewebe in der Sengerei verursacht bei längerer Arbeit Kopfschmerz, wenn der Raum nicht zweckmäßig gelüftet wird.

Um sich beim Färben der Baumwolle gegen Hautreizungen der Beizen zu schützen, sind Hände und Unterarme bedeckende Gummihandschuhe zu tragen; besonders reizempfindliche Personen sollen bei dieser Arbeit nicht verwendet werden. Bei dem Färben von Wolle lassen sich die Arbeitsvorgänge leicht so einrichten, daß die Arbeiter mit den scharfen Salzen und Beizen wenig oder gar nicht in Berührung kommen: Lösen in der Kufe selbst, Beizen und Färben in derselben Kufe. Bei dem Kardieren der Wolle müssen die das Ausbreiten und Fortreiben der gewaschenen Ware vornehmenden Arbeiter mit Gummihandschuhen und saurefesten Anzügen versehen sein. In den mit heißen Säuren arbeitenden Färbereien bewirkt

die Ueberfättigung der Luft mit Wasser (Nebel) bei niedriger Außentemperatur Erkältungs- und rheumatische Erkrankungen, bei hoher Außentemperatur Wärmestauung und Ueberhitzung des Körpers. Die nassen, schlüpfrigen Fußböden und das wegen des Dampfes erschwerte Sehen erhöhen die Unfallgefahr. Die Gegenmaßnahmen bestehen darin, durch Einführung von Außenluft und Absaugen der Innenluft einen Feuchtigkeits- und Temperaturausgleich herbeizuführen. Für solche Gebäude muß eine die Abkühlung der Wand- und Dachflächen möglichst verhindernde Bauart gewählt werden. Der bei dem Scheren und Rauen der gefärbten Baumwollware entstehende Staub muß abgesaugt, die Messerwalzen müssen abgedeckt werden; die Raueinrichtung muß geschlossen oder mit Absaugvorrichtung versehen sein.

Allgemein ist noch zu sagen: Dampfgeheizte Trocken- und Schlichtzylinder dürfen nicht zu hohen Dampfdruck haben. Die verschiedenen Arten von Kalandern können den Händen und Armen gefährlich werden; der Walzeneinlauf ist deshalb entsprechend zu sichern. Das gleiche gilt für die Trockenschleudern oder Zentrifugen; das Hineingreifen während des Ganges muß durch Deckel unmöglich gemacht werden. Nach einem Vorschlag von Gewerberat Loch sollen diese Deckel aus kreuzweise verbundenen Bandelisen oder aus Drahtgesticht bestehen, um die Trommel auf ihren richtigen Gang hin kontrollieren zu können. Unfälle können auch dadurch vermieden werden, daß da, wo mehrere Arbeiter an einer Maschine beschäftigt sind, sie sich ausreichend verständigen, zum Beispiel bei dem Wiedereingangssetzen ausgerückter Maschinen und in ähnlichen Fällen. Dr. G. Sch.

**Aus der Textilindustrie.**

**Hochkonjunktur und Betriebsstilllegungen in der Juteindustrie.**

Für den Monat April melden alle Betriebe guten Geschäftsgang. Im Monat April 1926 waren von den vorhandenen Spinnspindeln 70,7 Proz. in Betrieb; im Monat März 1927 85,6 Proz. Von den vorhandenen Webstühlen waren im April 1926 66,1 Proz., im März 1927 79,1 Proz. in Betrieb. Trotz der seit Juni 1926 sich ständig bessernden Konjunktur und obwohl überall weit über den Achtstundentag hinausgehende Arbeitszeiten bestehen, hält das Juteamt noch heute an seinem vor Jahresfrist gefaßten Beschluß, die ausgeschalteten Betriebe stillzulegen, fest. Es kommen dabei die Betriebe „Bereinigte Jutespinnerei und -weberei, Baugen, Neue Berliner Jutespinnerei und -weberei, Berlin und die Deutsche Jutespinnerei und -weberei A.-G., Nowawes, in Betracht. In Oppeln ist ein Betrieb mit ungefähr 2700 Spindeln und 200 Webstühlen, der zuletzt 627 Beschäftigte zu verzeichnen hatte, abgebrochen worden. In Baugen hat der Abbruch ebenfalls begonnen. Gegen die Stilllegungspolitik des Jutesyndikats sind die einzelnen Unternehmer machtlos, weil die maßgebenden Leute in dem Jutesyndikat mit dem Bankkapital durchwegs verschwägert sind, daß es einfach zur Unmöglichkeit wird, daß ein Betrieb, der die Politik des Jutesyndikats durchkreuzen möchte, von den Banken Kredit bekommen würde. Die Stilllegungspolitik des Jutesyndikats ist lediglich eine Folge seiner Preispolitik. Wir haben schon einmal nachgewiesen, daß das Jutesyndikat, obwohl der Preis für Rohjute gefallen ist, die Preise der Fertigfabrikate erheblich heraufgesetzt hat. Durch die Stilllegungspolitik wird jede unerwünschte Konkurrenz ausgeschaltet und sie sind in der Lage, den Kunden die Preise diktieren zu können. Eine solche Politik, die lediglich darauf eingestell ist, das Gewinnstreben zu fördern, schädigt selbstverständlich die Arbeiterchaft und die Gemeinden ganz gewaltig. In Baugen sind heute noch über 1000 Arbeiter infolge dieser Politik arbeitslos. Der Sozialetat dieser Gemeinde ist ganz gewaltig gestiegen. Eine solche Politik hat mit dem Wiederaufbau von Industrie und Wirtschaft nicht das geringste zu tun. Interessant ist dabei, daß andere Jutebetriebe Arbeiter suchen und dabei auf die vermeintlichen Maßnahmen verfallen.

So ist bei dem größten deutschen Jutebetrieb, der Firma Max Bohr A.-G., Landsberg a. d. W., folgender Anschlag am schwarzen Brett erschienen:

„Wer von den Betriebsangehörigen in der Lage ist, Arbeiterinnen für die Abteilung Spinnerei zu ermitteln, erhält dafür folgende Prämie: Wenn die Vermittelte 2 Monate arbeitet 5 Mk., nach 6 Monaten 10 Mk. Außerdem erhalten Jugendliche (Abschneider) nach einem Jahr Beschäftigung 25 Mk., nach 2 Jahren 50 Mk., nach 3 Jahren 75 Mk. und nach 4 Jahren 100 Mk. Prämie. Ein Rechtsanspruch besteht nicht. Obige Prämien werden aber nur dann gezahlt, wenn sich der Vermittelte während der vorgeschriebenen Zeit nichts zuschulden kommen läßt und wenn er die vorgeschriebene Durchschnittsleistung leistet.“

Der Anschlag zeigt, daß wir vom Menschenhandel nicht weit entfernt sind. Wir dürfen annehmen, daß der Betriebsrat zu diesem Anschlag seine Genehmigung nicht erteilt hat. Der Inhaber des Landsberger Betriebes gehört zu den Einflußreichsten des Jutesyndikats. Solche Anschläge wären nicht notwendig, wenn diese Betriebsstilllegungen nicht durch das Jutesyndikat herbeigeführt worden wären.

**Auch der sächsisch-thüringische Webereiverband**

bekreißt Betriebsstilllegungen. Die Großfirmen Rosenthal u. Stern, Berlin, versuchte die der Firma Louis Bed gehörige Weberei anzukaufen. Sie wollte den Betrieb nicht in der bisherigen Weise und Umfang weiterführen, sondern hatte die Absicht, den Betrieb zu vergrößern und auch zu modernisieren. Mit dem Einzug dieser Firma wäre es möglich gewesen, eine größere Anzahl Arbeiter zu beschäftigen. Die Firma Rosenthal u. Stern hatte aber ihre Rechnung ohne die Gemächigen des Greizer Webereiverbandes gemacht. Als letzterer den Vaten roch, schnappte er ihn der Berliner Firma vor der Nase weg und setzte sich für lumpige 300000 Mk. in den Besitz des Betriebes und des dazugehörenden Bodens. An sich wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn der sächsisch-thüringische Webereiverband den Betrieb modernisieren und die Produktion in diesem Betrieb fortsetzen würde. Dieses will jedoch der Webereiverband nicht. Er beantragt laut der Stilllegungsverordnung Stilllegung des Betriebes. Worauf es dem Webereiverband ankommt, ist klar ersichtlich. Der Betrieb wird stillgelegt, einmal um eine unliebsame Konkurrenz von vornherein auszuschalten und zum anderen zu verhindern, daß eine Großfirma in die Möglichkeit versetzt wird, Einblick in die Geheimnisse der Preisbildung des Webereiverbandes zu gewinnen. Diese Furcht vor der freien Konkurrenz hat den Webereiverband veranlaßt,

einige 100 000 Mk. aus dem Fenster hinauszuworfen, um so die Interessen der Stadt und der Arbeiterchaft zu schädigen. Die „Betriebsföhrer“ wenden immer merkwürdigere Methoden an, um ihren Geldbeutel zu füllen. In der „Reußischen Volkszeitung“, Greiz, ist zur Stilllegung der Bedischen Weberei folgendes Gedicht veröffentlicht:

„Schad' nicht. — Der Jude wird verbrannt.“  
(Frei nach „Nathan der Weise“.)

In Greiz, da wollte gar so gern  
Die Firma Rosenthal und Stern  
Webwaren fabrizieren. —  
Sie wirbt um Produktionsbetrieb  
Weil ihr — das Produzieren lieb,  
Wiel lieber — als Groffizieren. —

Doch dafür. — daß die Industrie  
„Einsichtig bleibt“ — und „weiter bläß“ —  
Sorgt hier in unserem Reußenland  
Ein starker, mächtiger Verband.

Als Groffist, — gut, — nicht zu verachten!  
Jedoch nach Produktion zu trachten —  
Nicht, — bei „Uns“, im Reußenland? —  
Gibt's nicht. — Der Jude wird verbrannt!

Nie darf in Greiz — das wär zum Schaden!  
Wo — „Wir“ — mit Argusaugen wachen —  
Mit „solchem Namen“ man es wagen,  
Die Produktion nach hier zu tragen. —

Das brächte „Unheil Uns“ ins Land.  
Drum los: — Der Jude wird verbrannt!

Das Telephon sich mächtig regt.  
In der Erholung wird's bewegt.  
Betrieb — gekauft — und — stillgelegt. —

Stillgelegt, — anstatt vergrößert.  
Stillgelegt, — nur nichts verbessert —  
„Für unsre Stadt im Reußenland.“  
„Schad' nichts“: — Der Jude wird verbrannt!

**Berichte aus Fachreisen.**

Plauen i. V. Delegiertenversammlung. Die Delegiertenversammlung der Filiale Plauen des Deutschen Textilarbeiterverbandes fand am vergangenen Sonnabend statt. Sie war besucht von 120 Delegierten. Nach dem Bericht des Kollegen Kohnius über die Konstituierung des Vorstandes wurden die Kollegen Kohnius als erster und Brehel als zweiter Vorsitzender, zum ersten Schriftföhrer der Kollege Zeising und zum zweiten Schriftföhrer Kollege Miltzer bestimmt. Die Delegiertenversammlung trat diesem Vorschlag einstimmig bei. Im Geschäftsbericht ging der Vorsitzende auf die im vergangenen Quartal stattgefundenen Lohn-, Arbeitszeit- und Manteltarifverhandlungen ein. In der Lohnfrage wurde eine sechsprozentige Erhöhung erzielt. In der Arbeitszeitfrage dagegen wurde uns durch den Schlichter eine Arbeitszeit bis zu 53 Stunden pro Woche aufgezwungen. Während bei den Lohnverhandlungen wie auch bei der Arbeitszeit der Schlichter ins Mittel trat, gelang es, seit Jahren wieder zum erstenmal, beim Manteltarifvertrag zu einer Vereinbarung zu kommen. Besonders strittige Punkte bildeten die Ferien, wie auch die Schiedsinstanzen. Bei den Ferien gelang es uns die 6 Tage Ferien zu erhalten, auch wurde eine klarere Fassung einzelner Bestimmungen erzielt, was auch von Vorteil ist. Bei den Schiedsinstanzen blieb es bei der Dreiteilung: Tarifauschuß, Tarifschiedsgericht und zentrales Schiedsgericht. Neu ist, daß im Tarifauschuß jetzt Angestellte als Beisitzer tätig sein können. Durch die von unserer Organisation eingeleitete Bewegung wurde durch den Schlichtungsausschuß auch für die Sticker- und Spinnindustrie und Konfektion eine sechsprozentige Lohnerrhöhung erzielt.

In bezug auf die Mitgliederbewegung kann die erfreuliche Tatsache gebucht werden, daß es wieder vorwärts geht. An Versammlungen, Sitzungen, Besprechungen usw. haben 147 stattgefunden. Flugblätter wurden 30 700, Handzettel 12 400 verteilt. Der gedruckt vorliegende Kassenbericht erfuhr durch den Kollegen Hecht nähere Ergänzung. Verkauft wurden über 45 000 Beitragsmarken und dabei eine Einnahme von 32 598,04 Mk. erzielt. Die Erhöhung des Sozialzuschlages macht sich günstig bemerkbar.

Bei dem Bericht „Stellungnahme zum Verbandstag in Hamburg“ gab Kollege Kohnius einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung des Verbandes. Fortgesetzt hat sich mit der Entwicklung der Organisation auch der Kreis ihrer Wirksamkeit erhöht. Es gibt jetzt keine Fragen der Wirtschaft, wie auch der Politik mehr, zu der unsere Organisation nicht Stellung nimmt. Das Hauptinteresse des kommenden Verbandstages wird der Gewinnung der weiblichen Arbeitskräfte wie auch dem inneren Ausbau unserer Organisation gewidmet sein müssen.

Als Kandidaten zum Verbandstag wurden aufgestellt die Kolleginnen Böhme, Frigische, Kunst und Wittig und die Kollegen Frisch, Miltzer, Seiß, Dertel und Niedrich.

Ein Antrag: „Zur Ortsverwaltung können nur solche Mitglieder gewählt werden, die eine dreijährige ununterbrochene Verbandszugehörigkeit auszuweisen haben“, wurde nach längerer Diskussion gegen eine starke Minderheit abgelehnt. Nach Ablehnung einiger weiterer Anträge und einem Bericht des Kollegen Miltzer wurde die von gutem Geiste besetzte Versammlung geschlossen.

**Briefkasten.**

Stuttgert: Der Bericht ist zu summarisch. Es werden keine Tatsachen berichtet. In dieser Form ist der Abdruck zwecklos. Gruß D.

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Sonntag, den 8. Mai, ist der Beitrag für die 18. Woche fällig

<b>Potenliste.</b> <b>Geforderte Mitglieder.</b> Barth i. Po.: Erna Latensky, Frankenberg i. Sa.: Adam Gudwin, Julius Ufer, Ernst Hambel, Karl Pfefferkorn, Hermann Taubert.	Münchberg: Jetta Walther, Anna Sauermann-Stammbach, Plauen: Johanna Straube, Zschmal: Willy Schneider aus Gornsdorf, Ernst Diebermuth, Zeulenroda: Alma Fischer, Selma Bischoff. Ehrehrem Andenent
---	--

Verlag: Karl Göttsch in Berlin, Memeler Str. 49 — Verantwortlicher Redakteur Hugo Dresse in Berlin. — Druck: Zentraldruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. in Berlin.